

Lesung und Podiumsgespräch

## **Frühjahr 1989 – zwischen Unmut und Aufbegehren**

15. Januar 2009, 19 Uhr

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin

Mehr als 200 Zuhörer waren in den großen Veranstaltungssaal der Landesvertretung Sachsen-Anhalt gekommen, um beim „Auftakt zum Jubiläumsjahr 2009“ – so Rainer Eppelmann in seiner Begrüßungsansprache – dabei zu sein. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erinnerte daran, dass bereits vor dem Mauerfall am 9. November 1989 „in einem Akt der Selbstbefreiung“ mehr als eine Million Menschen in der DDR auf die Straße gegangen waren – zu einem Zeitpunkt, an dem die Folgen eines solchen Schrittes noch nicht absehbar waren. Die traumatische Erfahrung des 17. Juni 1953 wirkte auch 1989 noch fort. Eppelmann verwies auf die Typographie der für diesen Abend verschickten Einladungen, die den Prozess der Friedlichen Revolution versinnbildlichen: Die drei monolithisch wirkenden Majuskeln, DDR, werden von drei kleineren Minuskeln, dem *mut* einer wachsenden Zahl von Menschen, ins Wanken und schließlich zum Einsturz gebracht. „Wir können dankbar und selbstbewusst sein und sollten das auch zeigen“, betonte Eppelmann.

Im Anschluss begrüßte Marianne Birthler, die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Gäste. Auch sie erinnerte daran, dass die Revolution nicht erst im Herbst 1989 begann. In wenigen Worten umriss sie die Wahrnehmung und das „Konzept“ der DDR-Führung am Anfang des Jahres 1989. SED und MfS bewegten sich zu diesem Zeitpunkt zwischen zwei Polen: Selbstgewissheit und Selbstgerechtigkeit auf der einen, Verunsicherung über die wachsende Unruhe in der Bevölkerung auf der anderen Seite. Marianne Birthler machte deutlich, wie reformunfähig und realitätsblind die Partei und ihr „Schild und Schwert“ waren. Die Staatssicherheit war bestens über die Lage im Land informiert, allein mit ihrer Interpretation wurde sie der Wirklichkeit nicht gerecht. So sprach Erich Mielke nach der Veröffentlichung der KSZE-Schlussakte von der „Menschenrechtsdemagogie des Westens“, um die Forderungen der einheimischen Oppositionsbewegung nach eben diesen in Helsinki von der DDR garantierten Menschenrechten abzuschmettern.

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Historiker bei der BStU, beleuchtete sodann in einem Impulsreferat die Vorgeschichte und die wesentlichen Charakteristika des Frühjahrs 1989. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die DDR eine „Zusammenbruchsgesellschaft“. „Das gesamte System lag unheilbar krank danieder“, so Kowalczyk.

Als eines von vielen Beispielen nannte er das marode Gesundheitssystem. „Alle Legitimationsressourcen waren restlos aufgebraucht.“ Zwei Beispiele für die Reaktionen von Parteiführung und Opposition auf die Krise des DDR-Sozialismus beleuchtete der Historiker näher: So kündigte die SED Anfang 1989 mit großem medialem Aufwand die Gründung eines Freidenkerverbandes an, der Protestpotential binden und auf dem von Kirche und Opposition mit immer mehr Erfolg bestellten Feld Boden gut machen sollte. Mit diesem Versuch einer Offensive gestand die SED zugleich ein, dass weite Teile der Gesellschaft bereits außer Kontrolle geraten waren. Die Offensive scheiterte kläglich, die Resonanz blieb gering, so Kowalczuk. Der Freidenkerverband als „Speerspitze gegen Kirche und Opposition“ wurde kaum ernst genommen. Auf der anderen Seite gewann die Opposition an Profil und Einfluss, wie Kowalczuk am Beispiel Leipzigs verdeutlichte. Auch die Ausreisewilligen suchten verstärkt die Öffentlichkeit, etwa bei den traditionellen Leipziger Friedensgebeten. 1988 zogen 100 Menschen nach einem Friedensgebet durch die Messestadt; die bundesdeutschen Medien verbreiteten die Bilder. Da die Kirche jedoch eine Politisierung der Gebete verhindern wollte und den Zugang zu ihren Räumen erschwerte, trug die Opposition ihren Protest auf die Straße. Obwohl das MfS die Vorbereitungsgruppe für eine unabhängige Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Leipzig zerschlagen hatte, fanden sich am 15. Januar 1988 300 Menschen zusammen und überwandern mit gewaltfreiem öffentlichem Protest ihre Angst. Es folgten Festnahmen, aber auch DDR-weite Solidaritätsaktionen. Im März 1989 ließ die Kirche die Friedensgebete – die nun Montagsgebete hießen – in ihre Räume zurückkehren. Im Frühjahr 1989, so Kowalczuk, wurde der zarte Keim für die revolutionäre Bewegung des Herbstes in Leipzig gelegt. Ohne Frage waren die Ereignisse von 1989 eine Revolution, bekräftigte der Historiker: „Wir hätten viel erreicht, wenn nur noch Außenseiter den Begriff ‚Wende‘ verwenden würden.“

In der folgenden Podiumsdiskussion gingen zwei Zeitzeugen und zwei Wissenschaftler (die zugleich Zeitzeugen waren), der Frage nach, warum gerade 1989 zum letzten Jahr der SED-Alleinherrschaft wurde, welche Anzeichen für einen solchen Epochenbruch sich aus der Rückschau in den ersten Monaten des Jahres ausmachen lassen und wie der Anteil der Bürgerrechtsbewegung an der revolutionären Entwicklung zu gewichten sei. Alfred Eichhorn vom rbb-Inforadio moderierte das Gespräch.

Der Kulturosoziologe Professor Dr. Detlef Pollack formulierte sein Erkenntnisinteresse in einer Frage: „Was hat Menschen dazu gebracht, aus dem allgemeinen Arrangement auszubrechen?“ Einerseits, so seine Antwort, habe die Erfahrung von Repression und der Versuch, die damit verbundene Entwürdigung zu überwinden, eine gewichtige Rolle gespielt. Daneben sei auch Idealismus, der Glaube an eine bessere Gesellschaft, eine starke Triebkraft für oppositionelles Handeln gewesen.

Ilko-Sascha Kowalczuk, der sich 1990 bei der Abwicklung der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität engagierte, ergänzte, dass Revolutionen immer dann ausbrächen, wenn der alte Staat bereits an Macht verloren habe. Revolution und Zusammenbruch stünden in engem Zusammenhang.

Seine Sicht als Korrespondent des Spiegel in Ost-Berlin schilderte Ulrich Schwarz. Auch in der Bundesrepublik habe niemand geahnt, wie schnell die SED ihre Macht verlieren würde. Die Oppositionsbewegung in der DDR sei kaum beachtet worden. Aus Sicht des Spiegel, der ihm allerdings keine inhaltlichen Vorgaben gemacht habe, habe er zu viel über die Bürgerrechtsbewegungen berichtet.

Gerd Poppe, Vorstandsmitglied der Bundesstiftung Aufarbeitung und Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, erinnerte sich an eine gewisse Schutzwirkung der westlichen Medien. Ebenso wie Pollack stellte er sich die Frage, warum gerade 1989 eine revolutionäre Situation in der DDR entstanden sei. Neben den außenpolitischen Rahmenbedingungen – den Reformen unter Michail Gorbatschow in der UdSSR, den Erfolgen der Solidarnosc in Polen, der Liberalisierung in Ungarn – konstatierte Poppe ein Erstarken der DDR-Oppositionsbewegung. Schon Mitte der achtziger Jahre, vor allem aber nach den Verhaftungen bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 1988 hätten sich mehr Menschen als zuvor für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt. Mit ihrem Aufruf vom 11. März 1989 forderte die Initiative Frieden und Menschenrechte Meinungs- und Reisefreiheit – „System sprengende Dinge“. Daneben hätte auch die von Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem Vortrag angesprochene organisierte Bewegung der Ausreisewilligen dazu beigetragen, den Druck auf den Staat zu erhöhen.

Detlef Pollack hingegen warnte davor, den Einfluss der Opposition im Frühjahr 1989 zu überschätzen. Diese habe eine „völlig marginalisierte Rolle gespielt“. In Leipzig hätten sich 1988/89 gerade einmal 300 von 500.000 Einwohnern zur Opposition gezählt. Der Aufruf vom 11. März habe so gut wie keine Resonanz in der Bevölkerung gefunden. Auch die Opposition selbst habe sich nach Aussage von Bärbel Bohley als „kleines Flämmchen in der Dunkelheit“ gesehen. Jahrzehntlang habe es die Opposition nicht geschafft, die Menschen zu mobilisieren. Pollack vertrat die Ansicht, zwischen den Oppositionellen und weiten Teilen der Bevölkerung habe es einen „Graben“ gegeben. Für die meisten Menschen hätten materielle Themen, Mängel des Gesundheitswesens und Reisefreiheit im Mittelpunkt gestanden.

Dem gegenüber beharrte Poppe darauf, dass die Opposition wesentlich zur Initialzündung der Revolution beigetragen habe. Auch den von Pollack ausgemachten „Graben“ gab es seiner Erinnerung nach nicht in diesem Ausmaß, da auch bei den „Normalbürgern“ die Unzufriedenheit gewachsen sei.

Dagegen wendete Pollack ein, dass diese Unzufriedenheit nicht erst Ende der achtziger Jahre aufgekommen sei, sondern bereits lange vorher existiert habe. Dennoch hätten die Menschen vor 1989 nicht protestiert, die DDR sei stabil gewesen. Das Paradoxon von Stabilität und Zusammenbruch müsse erklärt werden, wenn man die Revolution von 1989 verstehen wolle. Ein entscheidender Faktor sei die Massenflucht über Ungarn im Sommer 1989 gewesen. Sie erst habe den Menschen in der DDR den akuten Handlungsbedarf verdeutlicht.

Ilko-Sascha Kowalczyk pflichtete Poppe bei: Die Unzufriedenheit einer großen Mehrheit habe die „Zusammenbruchsgesellschaft“ geprägt und damit die Revolution begünstigt. Allerdings – und hier stimmte er Pollack zu – habe es zwischen dem 17. Juni und dem Herbst 1989 keine Zeit in der DDR-Geschichte gegeben, in der die Bevölkerungsmehrheit zufrieden mit ihrem Staat gewesen sei. Mit dem Machtantritt von Gorbatschow 1985 sei nach der bleiernen Zeit der Breschnew-Ära jedoch etwas Neues hinzugekommen: Die DDR-Bürger hätten gesehen, dass selbst in der UdSSR Veränderungen möglich waren und nun umso stärker die Stagnation im eigenen Land gespürt. Neben diesen neuen äußeren Rahmenbedingungen sei auch das Verdienst der Opposition für den revolutionären Prozess nicht zu unterschätzen. Trotz geringer Mitgliederzahl habe sie einen großen Effekt erzielen können – vor allem mit Hilfe der bundesdeutschen Medien. Ebenso wie Poppe sah der BStU-Historiker eine wachsende Effektivität der Bürgerrechtler seit 1988. „Wir sollten sie nicht glorifizieren, aber auch nicht alle Treppen hinunter stoßen.“

Andreas Stirn